

erwähnung erlassen, wenn der Staat durch Bewässerung...
versteht würde. Den Antragsausdruck soll die Verle-
nung, wenn es möglich ist, vorher hören. Die Verle-
nung und das Landesgesetz können durch Rotter-
ordnung nicht geändert werden. Die Rotterordnung ist
dem Landtage bei seinem nächsten Zusammentreten an-
Genehmigung vorzulegen. Sie ist sofort aufzuheben,
wenn die Genehmigung erteilt wird.

Beschlussänderungen.

Artikel 41. Beschlüsse des Landtages, die eine Ver-
fassungänderung in sich schließen, können nur
aufwands, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der
abgeordneten anwesend sind und zwei Drittel der An-
wesenden zustimmen.

Haushaltsübersichtungen.

Artikel 47. Haushaltsübersichtungen und außer-
planmäßige Ausgaben bedürfen der vorherigen Zu-
stimmung des Finanzministers. Sie darf nur
im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren
Bedarfs erteilt werden. Beamte, die ohne Zu-
stimmung eine Zahlung über den Haushaltsplan hinaus
entnehmen, machen sich der Staatskasse gegenüber ver-
sönlich haftbar.

Aufhebung von Sonderrechten.

Artikel 51. Die öffentlich-rechtlichen Sonderrechte
der Häuser Schönburg und Solms-Bildensfeld werden
aufgehoben.

Artikel 52. Die öffentlich-rechtlichen Sonderrechte,
die durch die Provinzial-Landtagsverfassung in der Ober-
lausitz und durch die Kreisverfassung in den alten
Gebieten begründet sind, werden aufgehoben. Die
Verwaltung der Immobilien dieser Verbände wird
durch Gesetz geregelt. Bis dahin bleibt sie bei den bis-
herigen Organen. Die öffentlich-rechtlichen Sonder-
rechte der Oberlausitzer Standesherrschaften und Ritter-
güter werden aufgehoben.

Die deutschen Viehlieferungen
und ihre Folgen.

Nach dem Versailler Vertrage sollte bei den Deutsch-
land aufzuwerfenden Viehlieferungen den inneren
Bedürfnissen Deutschlands so weit Rechnung getra-
gen werden, wie dies zur Aufrechterhaltung seines so-
zialen und wirtschaftlichen Lebens notwendig ist. Es
sollte weiter das allgemeine Interesse der Entente dar-
an berücksichtigt werden, daß das industrielle Leben
Deutschlands nicht so weit zerrüttet werde, daß die
Fähigkeit Deutschlands, seinen anderen Wiederherstel-
lungspflichten zu genügen, gefährdet werde. Das ge-
scheit indes bei den uns auferlegten Viehlieferungen
nicht. Die angeführten Interessen werden durch diese
Forderungen nicht nur gefährdet, sondern unmitttel-
bar bedroht. Die unmittelbaren Abschlagslieferungen,
die vorgezogen waren, hat Deutschland so gut wie
ganz ausgeführt. Bei der Abnahme werden uns Schwierig-
keiten gemacht. Es wird nur allerbestes Qua-
litätsmaterial angenommen. Schon darin liegt
eine Vergewaltigung, denn nach dem Friedens-
vertrag sollen die Tiere von normaler Gesund-
heit und Beschaffenheit sein, also Durchschnitts-
maß, nicht Qualitätsmaß.

Zur Ablieferung vorgeführt waren auf allen deut-
schen Sammelstellen bis zum 30. September 1920
511 511 Rinder, abgenommen davon hat die Entente nur
193 480 Stück. Die anderen wurden wegen Qualitäts-
schwäche zurückgewiesen. Vorgeführt wurden ferner
153 573 Schafe, davon abgenommen 136 362, 19 222 Rige-
gen, davon 17 222, 53 577 Pferde, abgenommen nur
29 704. Wir sind, wie von ausländischer Stelle mitgeteilt
wird, überhaupt nicht in der Lage gewesen, die ver-
langten Pferde innerhalb des Reichsgebietes aufzu-
bringen, da unter jetziger Verbedingung gar nicht so
hoch ist, um solche Abgaben zu erlauben. Die benötig-
ten Pferde sind deshalb teilweise aus dem Ausland
eingeführt worden, wodurch unsere Balance ganz be-
trächtlich herabgedrückt wurde. Die Kosten dieses Be-
schaffens haben gezeigt, daß es ganz ausgeschlossen ist, ihn
zu wiederholen. Die enormen Transporte, die erforder-
lich gewesen sind, haben naturgemäß die Tiere geschwächt
und zu Massenerkrankungen geführt. So sind
denn auch viele tausend Stück eingegangen.
Weitere 10 000 sind krank geworden. Der Milch-
schwand ist infolge dessen ungeheuer. Der Ausfall an
Fleisch und Milch läßt sich überhaupt nicht schätzen.

Solch ungeheure Viehbewegungen bringen naturge-
mäß auch Seuchengefahr mit sich. Anfang August
wurde bekannt, daß in Belgien die Rinderpest und
Klauenseuche ausgebrochen ist. Der Viehtransport wurde
auf Ersuchen Belgiens gestoppt. Bald darauf stellte
das gleiche Geschehen auch Frankreich. Die Einstel-
lungen der Viehlieferungen ist also auf
ausdrücklichem Wunsch Belgiens und Frank-
reichs erfolgt. Als die Vieherzeugung gestoppt wurde,
waren vertraglich noch 50 000 Rinder zu liefern. Ehe die
Stoppung erfolgte, war aber bereits die Seuche durch
die leeren Viehwagen auch nach Deutschland einge-
schleppt worden. Ganze Ställe sind vollständig ausge-
storben. Nach allem kann kein Zweifel sein, daß die
Grenze des Erträglichen erreicht ist, wenn nicht
abgeschnitten ist. Bangt hat, wie halbamtlich bekannt
wird, die Sterblichkeit der Schwangeren, der still-
enden Mütter und der Kinder einen Grad er-
reicht, der entsetzlich ist, und bei dieser Lage der Dinge
steht die Entente das Verlangen, rund 800 000 weitere
Stücke zu liefern.

Kleine politische Meldungen.

Dr. Gornow genehmigt. Auf Befehl des Reichstabi-
llets hatte der Reichsminister am 18. Okt. den Reichsjustiz-
minister damit beauftragt, die Ges. und Rechtslage hinsichtlich der

gegen die Verlesung des Reichsverwaltungsministers und seine Ge-
schäftsführung erlassenen Verordnungen. Die Minister
haben nunmehr die Prüfung abgeschlossen. Auf Grund ihres Be-
richtes kam das Kabinett einstimmig zu dem Ergebnis, daß die
persönliche Ehrenhaftigkeit des Ministers
außer allem Zweifel steht.

Die Steuerentlastung des kleinen Einkommens. Reichsfinanz-
minister Dr. Wirth hat auf eine Anfrage über die steuerliche
Belastung des kleinen Einkommens geantwortet: Die Reichsre-
gierung glaubt anerkennen zu sollen, daß die Steuerbeträge, die
sie nach den Vorschriften der Paragraphen 20 und 21 des Ein-
kommensteuergesetzes für Steuerpflichtige mit kleinerem Ein-
kommen berechnen, unter den heutigen Verhältnissen eine
starke Belastung dieser Steuerpflichtigen dar-
stellen. Die Reichsregierung ist daher bereits in Erwägung da-
rüber eingetreten, in welcher Weise im Hinblick auf diese Ver-
hältnisse eine steuerliche Entlastung der Steuerpflichtigen mit
kleinerem Einkommen herbeigeführt werden kann.

Die Wahlen in den Abstammungsgebieten. Zwischen dem
Reichsminister des Innern Dr. Koch und den Parteiführern hob-
den Besprechungen darüber stattgefunden, wann die Reichs-
tagswahlen in den Abstammungsgebieten Ostpreu-
ßen und Schleswig-Holsteins stattfinden sollen. In
Abgeordnetentreiben war der Wunsch laut geworden, daß ein
Wahltermin für Ostpreußen und Schleswig-Holstein festgesetzt
werde. Die Wahlen müssen nach Ansicht weiterer parlamentarischer
Kreise noch möglichst in diesem Jahre stattfinden.
Minister Dr. Koch will das Ergebnis der Besprechungen im
Reichskabinett vortragen.

Eupen-Malmédy endgültig verloren. Der
Rat des Völkerverbundes hat sich mit dem Brief beschäp-
tigt, den der deutsche Minister des Auswärtigen am 2. Okt. an den
Völkerverbund in Brüssel richtete und in dem er gegen den Beschl.
in Bezug auf Eupen-Malmédy protestiert. Der Völkerverbund
gab bekannt, daß seine Urteile vorhanden sei, noch einmal auf die
Sache zurückzukommen. Es wurde daraufhin beschlossen, den deut-
schen Protest gegen die Beschlüsse von Paris zurückzu-
ziehen und zu erklären, daß das Referendum vollständig un-
anfechtbar, rechtmäßig und loyal erfolgt sei.

Rechtung unserer Dieselmotoren? Die Dieselmotoren-Wärme
wird in der nächsten Woche anläßlich einer Zentrumsinterpellation
die Reichsregierung veranlassen, eingehend zu dieser wich-
tigen wirtschaftlichen Frage Stellung zu nehmen und Kenn-
nis zu geben von den unternommenen Schritten, die anscheinend
von Erfolg gekrönt sein dürften, da die Entente ihre ur-
sprünglichen Forderungen auf Zerstörung zu-
rückziehen will.

Für die Aufhebung des Wählendtages im Handwerk. Die
mitteldeutschen Handelskammern haben dem
Reichsarbeitsminister eine Denkschrift überreicht in der sie die
Aufhebung des Wählendtages für das Hand-
werk fordern mit der Begründung, daß die Handwerksge-
sellen nach Arbeitslosigkeitsgewöhnlich selbständige Arbeiten aus-
führen und damit dem Handwerk eine umfangreiche Konkurrenz
machen.

Die belgischen Klagen gegen Deutschland. Das Echo de
Belge berichtet, daß im belgischen Budget für das Kriegsmi-
nisterium für 1921 ein Mehrbetrag von 110 Millionen
gegenüber dem Vorjahre vorgesehen ist. Diese Summe soll ver-
wendet werden für den Bau von strategischen Eisen-
bahnen zwischen Frankreich und Belgien und nach der
Ostgrenze, ferner für Verbesserungsvorhaben für Lüttich und
Namur und der Brückenwerke gegen Deutschland, ferner
für den Ausbau der Seehäfen Ostende und Antwerpen und
schließlich für die Errichtung von neuen Landtrich- und Seeflug-
stationen.

Kritik der Sozialisten aus der Wiener
Regierung. Die sozialdemokratischen Staatssekretäre und
Regierungsmitglieder wollten gestern gemeinsam zurücktreten.
Sie wollen nicht länger die Verantwortung für die
Regierungsgeschäfte tragen und nicht den Zusammenbruch
des Parlamentes abwarten. Der sozialistische Sekretär und
Vorsitzende der Regierung, Prof. Mayr, wird das Staatsamt
für Kultur, der Oberst Rörner das Staatsamt für Heeres-
wesen übernehmen. Somit treten auch Dr. Rörner und Dr.
Deutsch zurück.

Gene für den Anschlag Deutschsterrelche. Victor meint,
daß keine Macht der Welt die sechs Millionen
Deutscher hindern könne, sich Deutschland
anzuschließen, um so weniger, als ihr berechtigter und
begreiflicher Wunsch durchaus der französischen Auffassung vom
Selbstbestimmungsrecht der Völker entspreche. Viel vernünftiger
wäre es, wenn die französische Regierung sich den Tatsachen beugte
und lieber zuliebe, welche Sicherheiten und Vorrechte sie erringen
könnte, wenn sie sich freiwillig damit einverstanden erklären
würde.

Ausbeutung des englischen Arbeitstam-
pes auf 3,5 Millionen Arbeiter? Die englischen
Eisenbahnen haben sich gegen den Rat ihrer Führer, die etwa
abwartende Politik des Vorwärtens, zugunsten eines Streiks
entschieden. Die Zahl der im Frage kommenden Eisenbahner be-
trägt 80 000; der ganze Streik würde dann, was in der Geschichte
der Arbeiterbewegung noch kaum dagewesen ist, 3,5 Millio-
nen Arbeiter umfassen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß
in diesem Falle die Regierung zurücktreten würde und
Neuwahlen stattfinden müßten. Wie sehr sind in Verbindung
mit dem Kohlenstreik 100 000 Stahlarbeiter ausgepersert worden.
50 000 Hafenarbeiter streiken. 250 000 entlassene Soldaten erhalten
Arbeitslosenunterstützung.

Ueberraschen des englischen Streiks auf Belgien und Frank-
reich? Es wird behauptet, daß der englische Kohlenarbeiterstreik
auch auf Belgien und Frankreich Übergriffe machen werde,
wobei bereits Anzeichen vorliegen. Es wird auf die anerkannt
scharfen Lohnforderungen der Bergarbeiter in Elsaß-Lothringen,
ferner im Gebiete von Lille und Lens hingewiesen, sowie auf die
Tatsache, daß im Becken von Charleroi bereits 8000 Bergarbeiter
sich im Streik befinden.

Kabinettskrisis in Schweden. Das Kabinett Branding
ist gestern zurückgetreten. Wie gerüchtweise verlautet, wird
der Landeshauptmann von Christianstadt Herzog Louis de
Geer Chef der neuen Regierung und der Londoner Gesandte
Wrangeil Minister des Auswärtigen werden.

Von Stadt und Land.

Am 23. Oktober 1920.

Die letzte Fr. Morgen, Sonntag, von vormittag einhalb
11 Uhr bis mittag 12 Uhr liegen im Stadthaus, Zimmer Nr. 21
(Maisbeamt), die Wählerlisten zum letzten Male aus. Hier
die Einsicht in die Wählerlisten verleiht, trägt selbst die Schuld,
wenn es am Wahltag sein Stimmrecht nicht ausüben kann.

Bestimmung über den Religionsunterricht in der Volksschule.
Das schlesische Ministerium des Kultus und des öffentlichen Un-
terrichts verordnet, daß bei Einstellung von Hilfskräften zur
Erteilung von Religionsunterricht zunächst zu prüfen ist, ob den
Lehrern, die den Religionsunterricht abgeben haben, zur
Erteilung ihres Pflichtunterrichts Unterricht an der Volksschule

Fortbildungsschule, der bis dahin in Überstunden erteilt werden
ist, übertragen werden kann oder ob eine an der Schule beschäftigte
nichtständige Lehrkraft erteilt werden soll. Die Einrichtung
von Überstunden für einzelne Klassen wird nur insoweit nötig sein,
als die planmäßigen Stunden, die außer dem von Hilfskräften
übernommenen Religionsunterricht zu erteilen sind, zur vollen Be-
schäftigung der an den Schulen angestellten Lehrer nicht aus-
reichen. Den Lehrern, die ausschließlich Religionsunterricht ertei-
len, ist für die einzelnen Wochenstunden dieselbe Vergüt-
ung zu gewähren, die für Überstunden an der Volksschule fest-
gelegt ist. Schüler, die am Religionsunterricht teilnehmen, sind
von der Teilnahme an einem Unterricht, der an Stelle des Reli-
gionsunterrichts für die anderen Schüler eingerichtet ist, befreit.

Waffenablieferung in Kus. Bei der Waffenannahme in
Kus sind zur Ablieferung gekommen: 78 Gewehre, 20 Karabiner,
18 Armespistolen, 1789 Patronen für Handfeuerwaffen, ein Ge-
wehrlauf, zwei M.-G.-Läufe, ein M.-G.-Schloß, vier Handgranaten,
vier Handgranaten-Bänder und ein Minenbänder.

Notwohnungsbau. In ähnlicher Weise wie für Groß-Berlin
sollen nunmehr die Mittel der produktiven Erwerbs-
losenfürsorge zur Hebung der Bauaktivität auch
in Sachen in erhöhtem Maße herangezogen werden. Es han-
delt sich dabei um Ausführung von Verbesserungsarbeiten aller
Art, wie Gebäudereparatur, Dachumbauten, Hofbefestigungen und
Vorbereitungsarbeiten von Wohnungen, vor allem aber auch um
die Herstellung von Behelfsbauten und Notwohnungen,
Ausbau von Dachräumen, den inneren Ausbau von Gebäuden und
Umbau von Lagern und gewerblichen Räumen zu Wohnungen, zu
denen nach den Reichsratsbestimmungen die Mittel aus dem
allgemeinen Wohnungsbaufonds verwendet werden
können. Zur Vereinfachung wird im Einvernehmen mit dem
Reichsarbeitsministerium und dem schlesischen Arbeitsministerium
die Durchführung des Genehmigungsverfahrens für diese Bau-
ausführungen das Ministerium des Innern (Landes-
wohnungsamt) übernehmen, und es ist bereits an die hauptstät-
tlichen Behörden die Anweisung ergangen, in ihren Bereichen selbst
zustehen, wie viel Interessenten, insbesondere auch Privatper-
sonen, von diesen Vergünstigungen Gebrauch machen wollen, damit
bei dem Reichsarbeitsministerium der für Sachen in Betracht kom-
mende Gesamtbeitrag angefordert werden kann. Es ist zu erwar-
ten, daß möglichst viel Gemeinden und Hausbesitzer diese Gelegen-
heit nicht entgehen und Bauarbeiten vorgenannter Art aus-
führen lassen werden, wodurch auch eine Belebung des Bauarbeits-
marktes und auch die Herstellung neuer Wohnungen zu erwarten
ist. Nähere Erklärungen können bei den zuständigen hauptstät-
tlichen Behörden eingeholt werden.

Petroleumpreise. Von der Amtshauptmannschaft Schwarz-
berg wird uns mitgeteilt: Für das auf Grund der Zuteilung
für Oktober 1920 zur Verteilung gelangende Petroleum sind folgende
Preise festgesetzt worden: Der Preis für das Petroleum beträgt
für je 100 Kilogramm Reingewicht bei Verkauf von 100 Kilo-
gramm und mehr 6,33 M pro Kilogr. in Reiselwagen frei jeder
deutschen Station. Bei Bezug in Eisenfässern beträgt der Preis
6,48 M für je 1 Kilogramm ab Lager des Verkäufers, bei Bezug
in Holzfässern 7,08 M ab Lager des Verkäufers einschließlich Holz-
faß. Bei Lieferung von 100 Kilogramm und weniger darf der
Preis für je einen Liter Petroleum 6,95 M nicht übersteigen. Bei
Lieferung aus Straßentankwagen ist der Verkäufer berechtigt,
ohne Rücksicht auf die abgegebene Menge für je einen Liter
Petroleum bei Lieferung frei Haus des Verkäufers bis zu 8,50 M,
wenn der Straßentankwagen oder Petroleum aus ihm vom Orts
der Befüllung abgeholt wird, bis zu 8,45 M zu fordern. Die
Kleinhandlender dürfen das Petroleum ab Laden nicht
höher als 8 M das Liter und bei Lieferung frei Haus des
Verbrauchers nicht höher als 6,15 M berechnen.

Aufhebung der Höchstpreise für Nährmittel. Durch Verordnung
vom 20. Okt. 1920 sind die bisher in Geltung gewesenen Höchst-
preise für Nährmittel (Eier, Teigwaren, Graupen,
Hafersnährmittel) außer Kraft gesetzt worden. Eine Fest-
setzung neuer Höchstpreise wird nicht mehr erfolgen, vielmehr sol-
len alle Preise für Nährmittel nur durch vertragliche Bindung
der Erzeuger sowie der Groß- und Kleinhandlender festgesetzt werden.
Diese neue Regelung findet darin ihre Begründung, daß der
Wohlfahrt des größten Teiles der Nährmittel völlig frei den Fabriken
überlassen bleibt, während bei denjenigen Nährmitteln, die noch
amtlich verteilt werden, die vertragliche Bindung genügt.

Evangelisationsvorträge. Der sechste Evangelisationsvortrag
in dieser Woche, veranstaltet von der Landestheologischen Gemein-
schaft, wurde gestern abend wiederum in der gut besetzten St.
Nikolaikirche abgehalten. In leicht verständlicher Weise sprach
Evangelist H. J. Letz über das Thema: Die größte Ent-
scheidung. Redner betonte, daß die einzige Entscheidung, die
die Menschheit haben kann, nur bei Jesu zu suchen und zu
finden sei. Wie zu allen Vortragsabenden, so wirkte auch am gestri-
gen Abend der Chor mit seinen vorzüglichen und ergreifenden
Gesängen mit. Der heutige Abend wird das Thema: Was wird
uns die Zukunft bringen? behandeln, während für den morgigen
Sonntag das letzte Thema: Herrliche Aussätze — in Aussicht steht.

Millionsfest. Der morgige Sonntag steht für die hiesige
Methodistengemeinde (Evangelische Frei-
kirche), Bismarckstraße 12, unter dem Zeichen der hundertsten
Million. Wie bereits bekannt, ist Missionar W. Wenzel, ein
Auer Kind, vor einigen Tagen aus dem Bismarck-Krähel-
krähel von Australien, nach sechsjähriger Missionstätigkeit in
seiner ergebungsreichen Heimat mit Familie zurückgekehrt. Norm-
tag 9 Uhr findet die feierliche Begrüßung durch den Ortsprediger
Diege und die Gemeindefr. statt. Das eigentliche Millionsfest ist
auf den Hauptgottesdienst abend 7 Uhr verlegt, wo Missionar W.
Wenzel über das Thema: Vom Kannibalismus zur
Gotteskindschaft — sprechen wird. Auch wird Missionar
Wenzel mit seiner Gattin wieder in der Sprache der Eingeborenen
und Bismarck-Krähel zum Vortrag bringen. Chorgesänge und
Deklamationen sollen das Fest umrahmen. Die Auer Missions-
freunde sind dazu eingeladen. Der Zutritt ist für Jedermann frei.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

Die musikalische Welper in der Friedensstraße, die am Don-
nerstag Organist R. d. d. als Hülfsorgan (Orgel) im Verein mit
seiner Fr. G. d. d. und seiner Schwester Fr. Gertrud d. d.
hat, brachte all den Zuhörern eine Stunde abendlichen Kunstgenusses
und wahrhaft religiöser Erholung. Es war schon erfreulich, daß
sich 400 Besucher eingefunden hatten, die von den strahlenden
Licht erfüllten geweihten Raum erfüllten. Das Orgelspiel und
der Gesang waren so trefflich in der Technik, Einwirkung und Aus-
sprache, daß auch höchste Ansprüche befriedigt sein konnten. Das
Hallekaja von Hummel, das Frau R. d. d. sang, war zunächst
ein weicher Wehlpfeuch über dem Kirchenraum, der schon mächtig
pökte. Noch mehr sprach an die Weibensagen'sche Komposition
über die Liebe (1. Act. 18) und zuletzt brachte sie innig im Aus-
druck den Segenswunsch Christi mit dem Gauder'schen Der Her-
bst mit euch! Wie Werten sie zum erstenmal in der Friedens-
kirche, hoffentlich noch öfter. Fr. Gertrud d. d., die
wir schon oft und gern gehört haben, brachte trefflich neben ande-
ren entsprechenden Gesängen eine Komposition ihres Bruders
die Tannen sie haben, an höchster Himmelskühe, die recht die
Trübsal haben, denn Trübsal bringt Geduld; ein Gedicht, in der

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.